

Sozialbericht 2005 – Medienkonferenz vom 7. Dezember 2005

Referat Peter Gomm, Regierungsrat, Vorsteher Departement des Innern Ddl

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie zur Medienkonferenz zum Sozialbericht 2005. Der Bericht behandelt nicht nur das "Soziale", wie dies der Titel vermuten liesse. Er handelt unter anderem auch von Kriminalität und Gewalt. Ihr müsst aber keine Angst haben. Ich will Sie mit dem 500seitigen Bericht weder physisch noch inhaltlich erschlagen. Nein, ich will ihnen als **Einleitung** kurz die Ausgangslage erläutern, warum es einen periodischen Sozialbericht für die Sozialpolitik braucht und dann, nach der Vorstellung des Inhaltes, das **weitere Vorgehen** skizzieren.

Einleitung

Sozialpolitik im weitesten Sinn ist das Spiegelbild der Wirtschaftspolitik. Zum einen muss die Sozialpolitik vorausschauend präventiv und integrativ soziale Sicherungen für das wirtschaftliche Handeln einbauen. *Brennen die Sicherungen durch, fliesst bekanntermassen kein Strom mehr.* Zum andern muss Sozialpolitik kurativ, sozusagen als "Reparaturbetrieb" bestimmte Folgen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung abfedern. Das Ausmass der Prävention, Integration und Abfederung hängt wiederum von der Finanzlage der öffentlichen Hand ab.

Ausgangslage für die Sozialberichtserstattung waren übergeordnete Entwicklungen, welche auch auf den Kanton Solothurn ihre Auswirkungen haben:

- Die Globalisierung und der internationale Wettbewerb wirken sich auf die wirtschaftliche Entwicklung aus, diese Entwicklung kann für die Schweiz und den Kanton Solothurn positiv sein, aber auch durch Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sein.

- Ganz unabhängig davon, wie wir zu Europa und der Welt stehen, wird das internationale oder europäische Recht unser Handeln stark beeinflussen und den mit der Globalisierung verbundenen Migrationsbewegungen - seien es Zuwanderung oder Auswanderung - können wir uns nicht entziehen.
- Die wirtschaftliche Entwicklung verlangt auch nach neuen gesellschaftlichen Strukturen wie beispielsweise veränderte Familien- und Partnerschaftsmodelle. Diese wiederum wirken sich auf Art und Ausmass der Erwerbstätigkeit aus und stellen zudem entsprechende Anforderungen an die Infrastruktur, etwa bei Bildung und Betreuung.
- Die demografische Entwicklung, die durch eine steigende Lebenserwartung und niedrige Geburtenziffern gekennzeichnet ist, führt einerseits zu den besonderen Herausforderungen einer „älter werdenden Gesellschaft“ und andererseits zu Anpassungen des Bildungsbereiches wegen kleineren Nachfolge-Generationen. Diese Entwicklung berührt gleichzeitig das Verhältnis von Beitragszahlenden und Leistungsempfangenden in den sozialen Sicherungssystemen: immer weniger Menschen werden Beiträge leisten, immer mehr Menschen Sozialleistungen beanspruchen.

Sozialpolitik muss diesen Entwicklungen, die für weite Teile der Bevölkerung Risiken mit sich bringen, auch kantonal flexibel begegnen, aber auch Chancen nutzen.

... Referate Marcel Chatelain-Ammeter; Dr. Edgar Baumgartner; Ursula Brunschwyl

Weiteres Vorgehen

Der Sozialbericht zeigt die zunehmende Komplexität des menschlichen Zusammenlebens und damit die Verflechtung des sogenannten „Sozialen“ mit immer weiteren Politikbereichen. Sozialpolitik umfasst nicht mehr die herkömmlichen Sozialversicherungs- und Fürsorgesysteme. Zunehmend zeigen sich die Wechselwirkungen von Wirtschafts-, Bildungs-, Gesundheit-, Familien- und Gleichstellungspolitik mit den sozialen Lebens- und Problemlagen.

Der Sozialbericht bestätigt, dass unzureichende Ausbildung, fehlende Bildungsabschlüsse oder ein erschwerter Zugang zu Erwerbstätigkeit - beispielsweise aufgrund familiärer Pflichten, gesundheitlicher Beeinträchtigungen, Behinderung oder eines Migrations-Hintergrundes - die Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben erschweren. Zudem können sich einzelne Nachteile kumulieren: Eine unzureichende Ausbildung des Einzelnen in Verbindung mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen erhöht zum Beispiel das Risiko von Langzeit-Arbeitslosigkeit. Solchen Folgen müssen wir in unserem kantonalen Rahmen entgegenwirken mit Wirtschafts-, Bildungs- Gesundheits- und Sozialpolitik.

Im Vordergrund sozialpolitischer Massnahmen stehen dabei längerfristig nicht mehr der „Status quo“ oder die Erhaltung des eigenen Status, sondern die rechtzeitige Prävention, um soziale Ausgrenzung zu verhindern und die Integration, um die soziale Eingliederung zu fördern.

Ich mache Ihnen ein Beispiel zur Familienpolitik:

Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch die Gleichstellung der Geschlechter verlangt nach verstärkten Möglichkeiten der Erwerbsarbeit von Frauen. Die demographische Entwicklung verlangt nach Nachwuchs. Kinder sollen aber kein Armutsrisiko sein. Deshalb sind verstärkt familienergänzende Betreuungsangebote und ein finanzieller Familienlastenausgleich zu diskutieren. Vorschläge liegen auf dem Tisch: Mehr Plätze in Kindertagesstätten, höhere Kinderzulagen, Kleinkinderzulagen für Familien in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen, „Tessiner Modell“. Diese Modelle sind aber auch kritisch zu hinterfragen. Auch wenn sie heute „trendy“ sind, sind sie auf ihren gesellschaftlichen Nutzen zu prüfen und deren Wirkung sorgfältig abzuklären.

Aus dem Sozialbericht selbst lassen sich aber keine direkten Sozialprogramme umsetzen. Vielmehr müssen die Erkenntnisse gewürdigt werden und in die Sozialplanung eingebaut werden.

Diese Sozialplanung findet sich im Legislaturplan, im integrierten Aufgaben- und Finanzplan. Die Erkenntnisse sind zweifellos in Planungsbeschlüssen und in Planungs-

aufträgen vom Regierungsrat vorzugeben. Und hier holt uns ein, was ich am Anfang gesagt habe. Das Ausmass der Prävention, Integration und Abfederung hängt wiederum von der Finanzlage der öffentlichen Hand ab. Kein Vorhaben kann letztlich umgesetzt werden, wenn die Finanzierung nicht gesichert ist.